

BERLINER RUNDSCHAU

Berlin wird besser.

**Der
Anfang ist
gemacht.**

**Nachgefragt:
Kai Wegner
im Interview**

**Kampagne gegen
Volksbegehren
„Berlin autofrei“**

**Vorbereitung
auf die
Berlin-Wahlen**

Der Wegner-Senat im Spiegel der Medien

„Neuer „Lehrplan“ für Kitas: Berliner Bildungsprogramm soll Kleinkinder fit für die Schule machen.“

(Tagesspiegel vom 17.02.2026)

„Görli-Zaun: Ohne den Park als Versteck sei die Verfolgung der Dealer und die Unterbindung des Drogenhandels deutlich leichter, so die Polizei.“

(B.Z. 19.2.26)

„Justiz: Gesetz erlaubt elektronische Fußfesseln bei Freigang.“

(Tagesspiegel vom 10.02.2026)

„Enger mit der Polizei und besserer Technik: Berliner Finanzsenator will Steuerfahndung stärken.“

(Tagesspiegel vom 23.01.2026)

„Wegner verkündet ein Lehrerwunder in Berlin.“

(B.Z. vom 18.12.2025)

„Berliner Bürgerämter bieten mehr Termine und kürzere Wartezeiten an.“

(rbb vom 09.09.2025)

„Fußfessel, Überwachung, Rettungsschuss - Berliner Polizei soll mehr Rechte bekommen.“

(rbb vom 21.06.2025)

„Mit dem neuen Polizeirecht setzt sich die Berliner CDU gegen die SPD durch und hält Wort: Im Wahlkampf 2023 hatte die Union versprochen, die innere Sicherheit zu erhöhen. Dafür ist die Polizei nun deutlich besser gerüstet.“

(Bild vom 03.12.2025)

„Auf diesen Berliner Straßen gilt künftig wieder Tempo 50“

(B.Z. vom 02.09.2025)

„Baustellen-Koordinator soll kontrollieren: Wegner will Baustellen in Berlin intensiver überwachen lassen.“

(Tagesspiegel vom 04.09.2025)

„Mit der am Donnerstag von Abgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linke beschlossenen Reform der Berliner Verwaltung ist dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner gelungen, was nur wenige für möglich gehalten haben.“

(Tagesspiegel vom 26.06.2025)

„Wegner sollte Bürgermeister bleiben.“

(B.Z. vom 29.12.2025)

In dieser Ausgabe...

Im Gespräch mit Kai Wegner

bilanziert der Regierende Bürgermeister die Erfolge einer bald dreijährigen Regierungszeit auf den

Seiten 4 und 5

Auto verbieten verboten.

So lautet der Kampagnen-Slogan der CDU gegen das Volksbegehren „Berlin autofrei.“ Alle Argumente dazu finden Sie auf den

Seiten 6 und 7

Der 38. Bundesparteitag

fand in Stuttgart statt. Wie das Delegiertentreffen aus Berliner Sicht gelaufen ist, lesen Sie auf den

Seiten 10 und 11

Versprochen – Gehalten.

Lautet der Stempel, der auf die Abschaffung des Habeck'schen Heizungsgesetzes gehört. Infos dazu von Jan-Marco Luczak auf

Seite 13

Auf dem Weg

zu den Berlinwahlen am 20. September braucht es Inhalte und Bilder. Den Stand der Kampagnenvorbereitung finden Sie auf den

Seiten 14 und 15

”

Mit der CDU wird Berlin. Es wird sicher, modern, gerecht, sauber und effizient. Das ist unser Ziel.

Liebe Leserinnen und Leser,

Berlin wird! Berlin ist vielfältig, einzigartig, modern und immer in Bewegung. Sie ist nie ganz fertig. Es geht aber immer weiter voran. So hat der CDU-geführte Senat in den vergangenen Jahren unsere Stadt an vielen Stellen weiter nach vorne gebracht. Bildung, Innere Sicherheit, Wohnungsbau, Verkehr und eine funktionierende Stadt: Hier sind wir schon deutlich vorangekommen. Wir haben aber noch viel vor.

Auf unserer ersten Kandidatenkonferenz haben wir als CDU Berlin unsere Gestaltungslinie vorgestellt. Mit der CDU wird Berlin. Es wird sicher, modern, gerecht, sauber und effizient. Das ist unser Ziel.

Mit dem Volksentscheid „Berlin autofrei“ wird Berlin hingegen vor allem chaotischer, leerer, und ärmer. Nur noch maximal 12 Autofahrten im Jahr innerhalb des S-Bahn rings – was für ein realitätsferner Irrsinn! Und ein Einstieg in einen Überwachungsstaat noch dazu. Denn der Staat müsste kontrollieren, wer wann wo und wie oft mit dem Auto unterwegs ist. Gerade in Berlin – der Stadt der Freiheit – brauchen wir solche freiheitsfeindlichen Initiativen nicht.

Hinzu kommt: Viele Menschen in Berlin brauchen das Auto, Sie müssen zur Arbeit kommen, einkaufen gehen und am öffentlichen Leben teilhaben können. Für all diese Menschen wäre das Autoverbot eine Katastrophe. Denn die Befürworter des Volksentscheides bieten

keine Alternative zum Auto an. Die BVG wird in den kommenden Jahren aber keine Kapazitäten schaffen können, um hunderttausende weitere Fahrgäste zu transportieren.

Ein Autoverbot hätte aber auch fundamentale Auswirkungen auf die Innenbezirke selbst. Denken wir nur an die Teilspernung der Friedrichstraße unter Rot-Rot-Grün: Noch heute kann man dort sehen, wohin eine fehlgeleitete Verkehrspolitik führen kann. Nur geht es nicht mehr nur um einen Straßenabschnitt. Geschäften in der ganzen Innenstadt würde die Kundschaft wegbrechen. Betrieben, insbesondere im Handwerk, würde das Leben massiv erschwert. Machen wir uns nichts vor: Mit einer autofreien Innenstadt bekommen wir auch eine geschäfts-, job- und lebensqualitätsfreie Innenstadt.

Deshalb ist für uns als CDU Berlin klar: Berlin kann sich so eine realitätsferne Politik nicht leisten. Wir setzen weiter auf Freiheit, Vielfalt und Vernunft in der Verkehrspolitik. Für uns bleibt es dabei: Auto verbieten? Verboten!

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Ottilie Klein
Generalsekretärin der CDU Berlin



Kai Wegner (53) beschreibt im Interview die Erfolge seiner CDU-geführten Landesregierung.

„Wir haben viel bewegt und noch viel vor“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, sprach mit der Berliner Rundschau:

Berliner Rundschau (BR): Herr Wegner, Sie sind inzwischen fast drei Jahre im Amt. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz aus?

Kai Wegner: Berlin hat früher an vielen Stellen erlebt, dass Dinge zu lange liegen geblieben sind. Unser Anspruch war deshalb von Anfang an: Wir wollen, dass diese Stadt wieder besser funktioniert. Wir haben viele Themen angepackt, die die Berlinerinnen und Berliner im Alltag direkt betreffen: von der Sicherheit über die Verwaltung bis hin zu Bildung, Verkehr und Wohnungsbau.

(BR): Was meinen Sie damit?

Kai Wegner: Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat handlungsfähig ist. Dass man einen Termin beim Bürgeramt bekommt, dass Sicherheit auf der Straße gewährleistet ist und dass Entscheidungen nicht jahrelang auf sich warten lassen. Genau daran arbeiten wir. Bei den Bürgerämtern zum Beispiel war es früher oft normal, monatelang auf einen Termin zu warten. Heute bekommt man häufig schon am nächsten Tag einen Termin. Gleichzeitig treiben wir eine große Verwaltungsreform voran, damit Zuständigkeiten klarer werden und dieses berühmte Behörden-Pingpong endlich aufhört.

(BR): Sicherheit ist ein Thema, das viele Berliner beschäftigt. Welche Veränderungen sehen Sie hier?

Kai Wegner: Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Deshalb haben wir die Polizei gestärkt und ihr mehr Möglichkeiten gegeben, ihre Arbeit zu machen. Gleichzeitig gehen wir konsequent gegen organisierte Kriminalität vor, insbesondere gegen Clanstrukturen. Dort haben wir den Druck deutlich erhöht. Illegale Gewinne werden eingezogen, Strukturen zerschlagen. Das zeigt Wirkung. Es geht uns dabei um ein klares Signal: In Berlin gilt das Recht des Staates, nicht das Recht der Stärkeren.

(BR): Berlin kämpft seit Jahren auch mit Problemen bei Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum. Spüren Sie hier Veränderungen?

Kai Wegner: Die Sauberkeit in Berlin beschäftigt viele Menschen, und zwar völlig zu Recht. Sauberkeit und Ordnung sind keine Nebensächlichkeiten, sie prägen das Lebensgefühl in einer Stadt. Deshalb haben wir die Zuständigkeiten zwischen Senat und Bezirken klarer geregelt, die Ordnungsämter gestärkt und die Bußgelder für illegale Müllentsorgung deutlich erhöht. Gleichzeitig investieren wir mehr in Reini-

gung von Parks, Spielplätzen und im öffentlichen Nahverkehr.

(BR): Ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Regierung ist Bildung. Warum setzen Sie hier so stark an?

Kai Wegner: Weil Bildung die Grundlage für Chancen ist. Wenn Kinder gut starten, entscheidet das oft über ihren weiteren Lebensweg. Deshalb haben wir



Bildung wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt. Wir investieren massiv in neue Schulplätze und Schulen, so sind allein rund 50.000 neue Schulplätze seit der Regierungsübernahme entstanden. Wir stärken zentrale Fächer wie Deutsch und Mathematik und sorgen dafür, dass auch Jugendliche ohne Ausbildungsplatz eine Perspektive bekommen. Berlin wächst, und unser Bildungssystem muss mitwachsen.

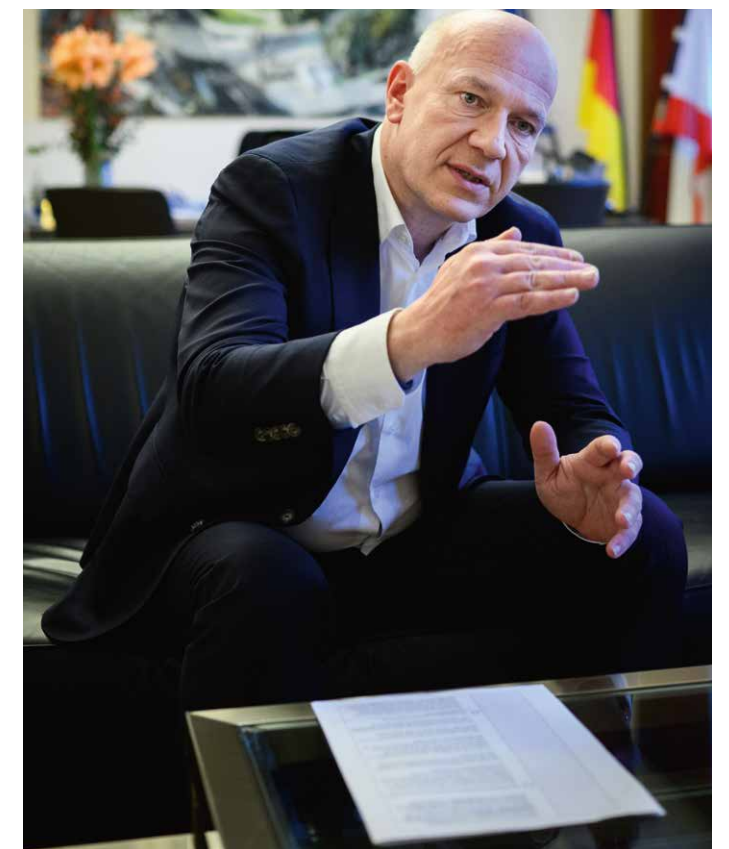
(BR): In der Verkehrspolitik haben Sie einen anderen Ton eingeschlagen als frühere Senatsregierungen. Was ist Ihre Leitlinie?

Kai Wegner: Berlin ist eine große, vielfältige Stadt. Hier bewegen sich Menschen auf unterschiedliche Weise fort: zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn und auch mit dem Auto. Unser Ansatz ist deshalb pragmatisch. Wir investieren so viel wie noch nie in den öffentlichen Nahverkehr, gleichzeitig sorgen wir aber auch dafür, dass wichtige Straßeninfrastruktur ausgebaut und nicht ideologisch blockiert wird. Verkehrspolitik muss Lösungen bieten und darf nicht zum Kulturkampf werden.

(BR): Die größte Herausforderung bleibt für viele Menschen der Wohnungsmarkt. Was ist Ihr Ansatz?

Kai Wegner: Wir müssen vor allem mehr bauen. Berlin ist in den letzten Jahren stark gewachsen, aber der Wohnungsbau ist nicht im gleichen Tempo mitgewachsen. Deshalb beschleunigen wir Genehmigungsverfahren, vereinfachen Bauvorschriften und schaffen neue Möglichkeiten, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. So sind in der Zeit von 2022 bis 2026 sind rund 80.000 Wohnungen in Berlin neu geschaffen worden – also ein neues Zuhause für rund 160.000 Menschen. Gleichzeitig stärken wir den sozialen Wohnungsbau und den Mieterschutz. Unser Ziel ist klar: Berlin soll auch in Zukunft eine Stadt bleiben, in der sich Menschen das Leben leisten können.

(BR): Wenn Sie nach vorne schauen: Was sind die wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre?



Kai Wegner: Wir haben vieles angestoßen, aber natürlich sind noch nicht alle Probleme gelöst. Berlin wächst weiter, und damit wachsen auch die Herausforderungen. Wir müssen weiter Wohnungen bauen, die Verwaltung modernisieren, in Bildung investieren und die Sicherheit in der Stadt stärken. Mein Anspruch ist deshalb: Wir haben schon viel erreicht, aber wir sind noch lange nicht fertig. Berlin hat enormes Potenzial, und daran arbeiten wir jeden Tag.



Stellen Sie sich vor, Ihr Auto steht vor der Tür – bezahlt, getankt, versichert. Und Sie dürfen es nicht benutzen. Was wie ein schlechter Scherz klingt, soll in Berlin bittere Realität werden. Das Volksbegehren „Berlin autofrei“ will private Autos, selbst moderne Elektrofahrzeuge, komplett aus der Innenstadt verbannen. Besonders skandalös: Finanziert wird dieser Angriff auf die Freiheit und Selbstbestimmung der Berlinerinnen und Berliner unter anderem von einer US-Modemarke. Was auf den ersten Blick für den ein oder anderen womöglich nach mehr Lebensqualität klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als linksgrünes Verbotprojekt. Denn es geht nicht um

ein paar zusätzliche Radwege oder verkehrsberuhigte Kieze. Das geplante Gesetz hätte den radikalen Umbau von 860 Kilometern Straßennetz zur Folge.

Die Pläne der Initiative sind drastisch: Künftig sollen die Berliner ihr eigenes Auto nur noch zwölfmal im Jahr benutzen dürfen – nach zehn Jahren sogar nur noch sechsmal. Jede Fahrt müsste angemeldet, genehmigt und behördlich dokumentiert werden. Betroffen wären alle, die täglich auf ihr Auto angewiesen sind – von Pendlern, Handwerkern und Dienstleistern über Familien bis hin zu älteren Menschen ohne Schwerbehindertenausweis. Besonders brisant ist ein Detail im Gesetzentwurf: Da nämlich das Parken als „Teilnahme am ruhenden Verkehr“ ebenso eine „verkehrliche Sondernutzung“ darstellt, wäre selbst das bloße Abstellen des Kfz vor der eigenen Haustür erlaubnispflichtig. Ohne explizite Genehmigung dürfte man sein Auto innerhalb des S-Bahn-Rings also nicht einmal mehr im öffentlichen Straßenraum parken. Für die Berliner käme das einer „kalten Enteignung“ gleich. Die Fixkosten für Auto, Versicherung und Steuern laufen weiter, während das Fahrzeug kaum noch genutzt werden darf.

Gleichzeitig droht der Verkehrsinfarkt: Wenn die Innenstadt radikal abgeriegelt wird, löst sich der Verkehr nicht in Luft auf, sondern verlagert sich massiv in die Gebiete außerhalb des S-Bahn-Rings. Mehr Autos in Randbezirken und Nebenstraßen bedeuten



dort mehr Staus, Lärm und Unfälle. Fachleute warnen zudem, dass verstopfte Ausweichrouten auch Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte ausbremsen könnten. Auch bei Bus und Bahn droht Chaos. Hunderttausende zusätzliche Fahrgäste wären Experten zufolge täglich auf BVG und S-Bahn angewiesen. Dabei ist der Nahverkehr aufgrund schwerer Fehler grüner Verkehrspolitik bereits jetzt an der Grenze der Belastbarkeit und die vom neuen Senat eingeleitete Investitionsoffensive braucht noch Zeit um zu wirken. Die Folge wären noch mehr Ausfälle, Verspätungen und überfüllte Busse und Bahnen.

Auch wirtschaftlich hätte das Vorhaben massive Folgen. Rund die Hälfte aller Berliner Unternehmen hat ihren Sitz innerhalb des S-Bahn-Rings. Handwerker, Lieferdienste oder Dienstleister müssten künftig mindestens alle drei Jahre nachweisen, dass eine Fahrt mit Lastenrad für sie „unzumutbar“ ist. Zudem müsste bei jeder Fahrt ein Arbeitsstättennachweis sichtbar im Fahrzeug liegen. Für viele Unternehmen bedeutet das noch mehr Bürokratie – und das in einer Situation, in der Betriebe bereits über immer mehr Formulare, Vorschriften und Genehmigungen klagen. Am Ende könnten Unternehmen Berlin sogar den Rücken kehren, damit tausende Arbeitsplätze verloren gehen und der Wirtschaftsstandort geschwächt werden.

Berlin steht vor einer klaren Richtungsentscheidung. Sollten die Initiatoren des Volksbegehrens bis zum Frühjahr genügend Unterschriften sammeln, könnten die Berlinerinnen und Berliner voraussichtlich im Herbst über ein entsprechendes Gesetz abstimmen. „Wenn diese verrückte Idee Realität wird, dann wird Berlin komplett lahmgelegt und das wird Auswirkungen auf alle von uns haben“, erklärt die Generalsekretärin der CDU Berlin Dr. Ottilie Klein. Die CDU Berlin steht für faire Mobilität. Jeder Berliner soll selbst entscheiden, wie er sich fortbewegt – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn oder auch mit dem Auto. „Deswegen sagen wir ganz klar: Auto verbieten verboten! Nein zu Berlin autofrei!“, so Klein.

10 Gründe für ein **NEIN** zu „Berlin autofrei“

- 1. Bevormundung statt Freiheit:** Die Berliner dürften ihr Auto in der Innenstadt nur noch 12mal im Jahr benutzen! Nach 10 Jahren sogar nur noch sechsmal jährlich.
- 2. Abwrack-Zwang per Gesetz:** Autos werden über Nacht fast nutz- und wertlos! Während Ratenzahlungen und Versicherungen weiterlaufen, verrostet das Eigentum vor der Tür.
- 3. ÖPNV-Kollaps mit Ansage:** Bis zu 510.000 zusätzliche Fahrgäste pro Tag würden Bus und Bahn nutzen, wenn die Innenstadt autofrei würde. Hunderte Busse und Bahnen fehlen.
- 4. Gefahr für die Berliner Wirtschaft:** Innenstadt und S-Bahn-Ring beherbergen fast die Hälfte aller Berliner Unternehmen; über 176.000. Die fehlende Mobilität für Kunden und Arbeitnehmer sind ein echter Wettbewerbsnachteil.
- 5. Handwerker in Not:** Wenn Handwerker erst ein digitales Formular ausfüllen müssen, bevor sie zu ihren Kunden fahren dürfen, bleiben Rohre im Zweifel länger verstopft und Heizungen kalt.
- 6. Bürokratie-Wahnsinn:** Jede private Autofahrt müsste digital angemeldet, kontrolliert und dokumentiert werden. Dazu kommen Anträge für Ausnahmen, Härtefälle und Genehmigungen.
- 7. Soziale Kälte statt Klimaschutz:** Pflege, Verwandtenbesuche oder Teilnahme am Vereinsleben würde jedes Mal zum Kampf um eine Ausnahmegenehmigung – mit ungewissem Ausgang.
- 8. Sicherheits-Risiko - Wenn jede Sekunde zählt:** Wenn 860 Kilometer Straßennetz radikal umgestaltet werden, gibt es neue Hindernisse, die der Polizei, Feuerwehr und Sanitätern im Ernstfall wertvolle Zeit kosten.
- 9. Zwei-Klassen-Gesellschaft - Innenstadt gegen Außenbezirke:** Das Gesetz spaltet Berlin. Der Verkehr löst sich nicht in Luft auf, sondern verlagert sich massiv in die Wohngebiete außerhalb des S-Bahn-Rings.
- 10. Wer soll das bezahlen?** Neue Verkehrsführung, IT-Systeme, Verwaltung, Kontrolle, Infrastruktur – Experten schätzen die notwendigen Investitionen für den Umbau auf gigantische Summen in Milliardenhöhe.

Ratefuchse im Abgeordnetenhaus

Das wöchentliche Gewinnspiel im Newsletter der CDU Berlin erfreut sich großer Beliebtheit. In der Weihnachtsausgabe sollte es einen ganz besonderen Preis zu gewinnen geben, einen, den man nicht käuflich erwerben kann. Die Landesgeschäftsstelle loste Führungen durch das Abgeordnetenhaus aus.

Das Außergewöhnliche: Die Touren sollten von Abgeordneten der CDU Berlin persönlich geleitet werden. Schnell fanden sich zehn Abgeordnete der CDU-Fraktion für die Aufgabe bereit. Ende Januar fanden die Führungen der rätselstarken Mitglieder durch das Landesparlament statt. Auf den Fotos hier zu sehen: die Abgeordneten (von links oben im Uhrzeigersinn) Danny Freymark, Timur Husein, Björn Wohler und Marco Hahnfeld, jeweils mit ihren Gästen.



Görli-Zaun: Kriminalität aussperren

Jahrelang hatte Rot-Rot-Grün tatenlos zugesehen, wie die Kriminalität im berühmten Görlitzer Park weiter anwuchs. Von Anfang 2021 bis August 2023 registrierte die Berliner Polizei 4.100 Straftaten in dem Park, so viele wie in allen anderen Berliner Parks zusammen. Regelmäßig berichtete die Presse bundesweit über Gewalt und

Sexualverbrechen in der Grünanlage. Die Polizei stellte klar: Ohne den Park als Versteck sei die Verfolgung der Kriminellen deutlich leichter. Dies griff die CDU Berlin im Wahlkampf auf, versprach die Errichtung eines Zauns sowie die nächtliche Schließung des Parks. Seit kurzen steht der Zaun, der Park wird nachts dichtgemacht!

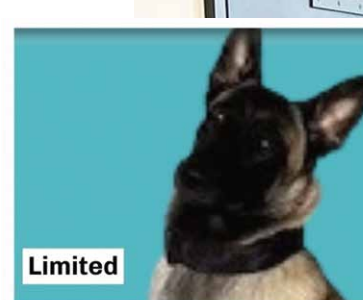
Berlin 2030+: Vision für eine Weltmetropole der Freiheit

Die LSU Berlin hat ein ambitioniertes Zukunftskonzept verabschiedet. Unter dem Titel „Berlin 2030+“ unterstützt der Verband den Senat und die CDU Berlin, die Stadt durch eine intelligente Verzahnung von Großereignissen als führende globale Metropole zu positionieren. Das Konzept setzt auf vier strategische Säulen: World Pride: Ein klares Signal für Vielfalt und ein Standortvorteil im Wettbewerb um internationale Talente. Olympia & Paralympics: Sportlicher Geist als Motor für globale Aufmerksamkeit. Expo: Eine Weltausstellung in der Metropolregion für technologischen Fortschritt. Neue IBA: Eine Internationale Bauausstellung, um die Infrastruktur für diese Events mit nachhaltigem Wohnungsbau zu



verknüpfen. Ziel ist es, Synergien zu nutzen: Während Olympia und Expo Tourismus-Peaks garantieren, sichert der World Pride die Attraktivität für die LSBTIQ+-Zielgruppe. Die IBA flankiert diesen Prozess

städtebaulich, um die Lebensqualität für alle Berliner nachhaltig zu steigern. Berlin soll nicht nur mitspielen, sondern die Standards für die Metropole der Zukunft setzen. Berlin wird großartig.



Limited, Nino und Elli

Limited, Nino und Elli, so heißen die drei vierpotigen Fellnasen, die neuerdings für unsere Stadt arbeiten. Angestellt sind sie bei der Berliner Justiz. Ihre Aufgabe: verbotene Mobiltelefone in den Gefängnissen erschnüffeln. Bei den Berliner Handy-Hunden handelt es sich um besonders kluge belgische Schäferhunde, die in NRW ausgebildet wurden. Mit ihren über 200 Millionen Riechzellen (Menschen haben nur 5 Millionen) können sie die von den schweren Jungs versteckten Geräte aufspüren. Die von Grünen und Linken jahrelang blockierte Hundestaffel ist erfolgreicher als jede technische Einrichtung. Die schon im Dienst befindliche Elli hat gleich bei ihrem ersten Einsatz in der JVA Tegel drei Mobiltelefone erschnüffelt!

Gewinnspiel

Leserinnen und Leser unseres wöchentlichen Newsletters kennen unser Gewinnspiel schon seit Längerem. Sollten Sie als CDU-Mitglied den Newsletter nicht erhalten, liegt es womöglich daran, dass Sie keine (aktuelle) Email-Adresse in Ihrer Kreisgeschäftsstelle hinterlegt haben. Hier nun unsere neue Gewinnfrage, die Sie bei Lektüre dieser Berliner Rundschau sicher einfach beantworten können:

Dank dem Schneller-Bauen-Gesetz und der neuen Bauordnung ist die Zahl der genehmigten Wohnungen in Berlin im letzten Jahr um knapp 50% gestiegen, und zwar auf:

- a) weniger als 8.000
- b) genau 10.201
- c) mehr als 14.000



Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir erneut eine CDU-Tasse.

Bitte senden Sie Ihre Antwort unter Angabe von Vor- und Nachnamen sowie Ihrer Adresse bis zum 31. März an cduberlin@cdu.berlin, Betreff „Gewinnspiel“.

Teilen Sie uns außerdem mit, ob wir im Falle eines Gewinns Ihren Namen und Ihren Kreisverband veröffentlichen dürfen.



Gerechte Grundsicherung

Zehn Prozent des Bundeshaushaltes verschlang das Bürgergeld zuletzt. Die Union hat jetzt die Reißleine gezogen, ihr Wahlversprechen eingelöst und die bei den Bürgern unbeliebte Transferleistung abgeschafft. Mit der stattdessen neu eingeführten Grundsicherung geht es in unserem Land nun wieder gerechter zu: Hilfsbedürftigen Menschen wird geholfen, notorischen Arbeitsverweigerern die Leistung entzogen. CDU-Generalsekretär Carsten Linemann: „Wir gehen heute einen wichtigen Schritt, um den Sozialstaat gerechter aufzustellen.“



Aktivisten im Abgeordnetenhaus

Die Grünen und Linken in Berlin finden das zu Verkehrsinfarkt und Wirtschaftskollaps führende Vorhaben „Berlin autofrei“ gut. So begrüßen es die Grünen in einem Beschluss, wenn ihre Mitglieder an der Unterschriftensammlung für den Volksentscheid beteiligen. Auch der Linken-Vorsitzende Wolter stellte klar: „Wir finden das Anliegen des Volksentscheids richtig.“ Sollten die linken Parteien eine parlamentarische Mehrheit erhalten, droht selbst beim Scheitern der Aktivisten auf der Straße eine Umsetzung solch radikaler Pläne.



Verantwortung als Kompass – Friedrich Merz beeindruckend bestätigt



Unter dem Leitmotiv „Verantwortung verpflichtet“ versammelte sich die CDU Deutschlands zum Bundesparteitag in Stuttgart. Für die Berliner Delegierten war der Parteitag nicht nur eine Demonstration der Geschlossenheit hinter Bundeskanzler und Parteichef Friedrich Merz, sondern auch ein Schaufenster Berliner Tatkraft. Zwischen personellen Weichenstellungen und inhaltlicher Schärfe wurde deutlich: Die Union ist die gestaltende Kraft der Mitte.

Ein klares Mandat für die politische Mitte

Die Atmosphäre in der Stuttgarter Messehalle war geprägt von Aufbruchstimmung. Im Zentrum des Parteitags stand die Bestätigung des aktuellen Kurses. Mit einem hervorragenden Ergebnis wurden der Bundesvorsitzende und sein Generalsekretär, Carsten Linneemann, in ihren Ämtern bestätigt: ein Vertrauensbeweis

der Delegierten. Ein klares Signal für Stabilität und Verlässlichkeit in politisch herausfordernden Zeiten.

Ein Votum, das der Partei den notwendigen Rückenwind verleiht, um die großen Themen der kommenden Jahre anzugehen: Die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands, die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit sowie die Wahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die CDU positionierte sich in Stuttgart als die Kraft, die bereit ist, in schwierigen Zeiten Verantwortung für Deutschland zu übernehmen und komplexe Probleme mit Vernunft statt mit Ideologie zu lösen.



Berliner Impulse für die Bundesebene

Auch für die Christdemokraten aus Berlin war der Parteitag ein Erfolg. Gleich drei profilierte Köpfe wurden in den Bundesvorstand gewählt: Dr. Felor Badenberger, die ihre Expertise aus der Berliner Regierungsarbeit



„Berlin darf nicht von Antisemiten, von Linksextremen und von Polizistenhassern regiert werden!“



für ihren Landesverband einbringt; Elke Hannack, die die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt, sowie Joe Chialo, der seinen Schwerpunkt als Brückenbauer zwischen Kultur und Gesellschaft sieht.

Klarer Kurs gegen Extremismus und für Sicherheit

Inhaltlich setzte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, vor den Delegierten Akzente. Mit Blick auf die politische Lage in der Hauptstadt stellte Wegner klar: „Diese Stadt darf nicht von Antisemiten, von Linksextremen und von Polizistenhassern regiert werden!“



Auch Jens Spahn stellte sich auf dem Parteitag gegen das Volksbegehren „Berlin autofrei“

Friedrich Merz ließ keinen Zweifel daran, dass die gesamte Bundespartei fest hinter diesem Kurs steht. „Lieber Kai Wegner, du trittst in Berlin in dieser von zunehmendem Antisemitismus geprägten Stadt entschlossen dagegen an“, betonte er. Mit Blick auf die kommenden Wahlen in Berlin sicherte Merz der CDU Berlin volle Rückendeckung zu: „Wir werden dich bei der Verteidigung des Roten Rathauses im Herbst dieses

Jahres unterstützen. Du kannst darauf zählen, dass die ganze Partei hinter dir steht, um genau diesen Linken in Berlin nicht zu ermöglichen, auch noch das Rote Rathaus zu erobern.“

Auszeichnung für die Basis: Erfolg in Lichtenberg

Ein Highlight für die Berliner Delegation war die feierliche Auszeichnung der CDU Lichtenberg. Für ihr herausragendes Engagement bei der Neumitgliedergewinnung wurde der Kreisverband vor dem gesamten Parteitag gewürdigt. Dieser Erfolg ist ein Beleg für den „Berliner Spirit“ an der Basis und zeigt, dass die Union dort am erfolgreichsten ist, wo sie nah bei den Menschen agiert und konkrete Lösungen anbietet.



Der 38. Bundesparteitag hat den Rahmen für die kommenden Aufgaben gesteckt. Das Leitmotiv „Verantwortung verpflichtet“ bleibt der Kompass für die politische Arbeit auch der Berliner Christdemokraten. In Stuttgart wurde einmal mehr deutlich: Die CDU ist die gestaltende Kraft für ein freies, sicheres und wirtschaftlich starkes Berlin und Deutschland.



Berlin – aufregende Zukunft

Ein Beitrag von Dirk Stettner, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Berlin war schon immer eine Stadt, die anders ist. Wir sind anders. Eine Stadt, die sich nicht in starre Strukturen pressen lässt. Hier treffen Geschichte und Aufbruch aufeinander. Zwischen Altbau und Glasfassade, Kiezkneipe, Szene-Café und Hightech-Labor entstehen neue Ideen. Genau dieser Mix macht Berlin zu einer der spannendsten Metropolen der Welt.

Doch Berlin darf sich auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Unser Ziel ist klar: Berlin soll zu einer der innovativsten, lebenswertesten und wirtschaftlich stärksten Metropolen der Welt werden – ein Ort, an dem Ideen entstehen, wachsen, die Welt verändern und Menschen glücklich und sicher leben. Ein Sehnsuchtsort. Lassen wir uns vom Berlin-Bashing nicht irritieren – wir leben in einer der großartigsten Städte der Welt!

Wir als Union stehen für diese Dynamik: weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen und eine Verwaltung, die Innovation unterstützt statt ausbremst. Wer in Berlin eine Idee hat, soll sie auch verwirklichen können. Wir wollen eine Hauptstadt, in der Gründungen einfacher werden, Investitionen schneller möglich sind und Unternehmen Planungssicherheit haben.

Berlin hat sich bereits zu einem der wichtigsten Start-up-Standorte Europas entwickelt – mit starken Netzwerken rund um KI, Green-, Fin- und BioTech, digitale Plattformen und neue Mobilität. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Berlin soll führender Innovationsstandort Europas werden und Talente aus aller Welt anziehen.

Menschen aus aller Welt kommen nach Berlin, um ihre Ideen umzusetzen. Entwickler, Gründerinnen, Kreative und Unternehmer treffen hier auf eine einzigartige Atmosphäre: offen, international und voller Energie. In den Kiezen entstehen Visionen, in Co-Working-Spaces wachsen junge Unternehmen zu globalen Playern. Unser Ziel ist, diese Entwicklung weiter zu

stärken und Berlin zu einem der attraktivsten Orte für Gründerinnen und Gründer weltweit zu machen. Dabei vergessen wir unseren Mittelstand nicht – ohne das Handwerk bricht alles zusammen.

Doch Berlin ist mehr als Wirtschaft und Technologie. Die Stadt lebt von ihrem Charakter – von ihren Kiezen, ihrer Kultur und der kreativen Freiheit, die man hier spürt. Hier darf man Neues ausprobieren, anders denken und auch gegen den Strom schwimmen. Genau diese Mischung aus Kreativität und Mut macht Berlin weltweit so attraktiv. Unser Anspruch ist, diesen Freiraum zu bewahren und gleichzeitig die Lebensqualität in der ganzen Stadt zu verbessern.

Eine CDU-geführte Politik sorgt dafür, dass dieses Lebensgefühl erhalten bleibt und neue Chancen entstehen. Mehr Wohnraum, eine funktionierende Infrastruktur und sichere öffentliche Räume sind zentrale Ziele. Berlin soll nicht nur aufregend sein, sondern auch verlässlich – eine Stadt, in der Familien, Unternehmen und Kreative gleichermaßen Zukunft planen können.

Wenn die Wirtschaft wächst, profitieren alle Berlinerinnen und Berliner: durch gute Arbeitsplätze, stabile Finanzen und Investitionen in Bildung, Infrastruktur und öffentliche Räume. Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für eine starke Stadt – und für ein Berlin, das Chancen für alle bietet.

Berlin kann mehr – wir zusammen können mehr. Wir sind nicht hier, um zu zögern oder zu hadern. Unser Ziel ist eine Stadt, die Innovation, Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke verbindet. Mit Mut zur Innovation, Vertrauen in Unternehmergeist und einer Politik, die Chancen eröffnet statt blockiert, wird Berlin weiter zu einer Metropole, die weltweit Maßstäbe setzt.

Berlin – hier werden Ideen groß



Endlich wieder freie Heizungswahl

Der Heizungskeller wird wieder Privatsache, der Staat regiert dort nicht mehr hinein. Jeder Eigentümer kann wieder selbst entscheiden, was er einbaut – auch ohne vorher zu einer Beratung zu müssen. Damit sichern wir Technologieoffenheit, schützen Eigentümer von Einfamilienhäusern vor wirtschaftlicher Überforderung und sorgen dafür, dass Mieten bezahlbar bleiben“, erklärt der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Jan-Marco Luczak. Mit der Abschaffung des Heizungsgesetzes von Robert Habeck setzt die Union ein zentrales Wahlversprechen um. Die strengen Vorgaben zur Nutzung von mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien entfallen, genauso wie Betriebsverbote von Öl- und Gasheizungen. Die staatliche Förderung für den Einbau klimafreundlicher Heizungen wird fortgesetzt, an den Klimaschutzziele festgehalten.

„Das Heizungsgesetz von Habeck hat wie kaum ein anderes Gesetz Existenzängste bei Eigentümern geschürt und die Sorge vor steigenden Mieten befeuert. Es hat unsere Gesellschaft gespalten und der Akzeptanz für den Klimaschutz geschadet. Wir stärken die Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung, denn die Eigentümer wissen am besten, was in ihren Heizungskeller passt“, betont Luczak.

Voraussetzung für den Betrieb von Öl- und Gasheizungen ist, dass diese ab 2029 einen zunehmenden Anteil CO₂-neutraler Brennstoffe nutzen. Dieser Anteil muss dann bei mindestens 10 Prozent liegen. Entsprechende Tarife mit Bio-Anteil werden bereits heute angeboten. Der CO₂-Preis entfällt für diesen klimafreundlichen Brennstoffanteil.

Gleichzeitig wird mit dem neuen Gesetz auch der Ausbau klimafreundlicher Brennstoffe vorangetrieben. Die Energieversorger werden mit einer moderaten Grüngasquote ab 2028 zum anteiligen Einsatz von klimafreundlichen Brennstoffen verpflichtet. Luczak: „Wir stehen zu den Klimaschutzziele und wollen CO₂ im Gebäudebestand reduzieren. Mit der moderaten Grüngasquote setzen wir Anreize für die Verwendung klimafreundlicher Brennstoffe und ermöglichen so eine deutliche CO₂-Einsparung. Gleichzeitig setzen wir die Förderung für den Austausch von Heizungen fort. Verbraucher und Heizungsanbieter haben nun Planungssicherheit und werden vor wirtschaftlicher Überforderung geschützt“. Das neue Gesetz soll vor dem 1.7.2026 in Kraft treten.

Mercosur-Abkommen tritt vorläufig in Kraft Grüne Verhinderungstaktik geht nicht auf

Ein Beitrag von Hildegard Benetele, Mitglied im Europäischen Parlament

Ende Februar hat die EU-Kommission bekannt gegeben, dass sie das Freihandelsabkommen mit den südamerikanischen Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay vorläufig in Kraft setzen wird. Damit reagiert sie auf die Forderung der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und des Europäischen Rates, nachdem die Abstimmung über das Abkommen im Europäischen Parlament im Februar am Widerstand eines Bündnisses aus Grünen, Linken und extrem Rechten wie der AfD vorerst gescheitert war. Nach über 20 Jahren Verhandlung hatten die Abgeordneten die Überprüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof gefordert und die Abstimmung darüber mit knapper Mehrheit gewonnen – ein für Hildegard Benetele, Berliner Europaabgeordnete der CDU, schwerer politischer Fehler:

„Das Mercosur-Abkommen garantiert in Zeiten unklarer und unfairer Handelsbeziehungen mit China und den USA große Chancen für unsere Export-Industrie, es baut Zölle und Handelshemmnisse ab und sorgt dafür, dass unser Wohlstand erhalten und ausgebaut werden kann.“

Die Entscheidung der Grünen, zusammen mit den antidemokratischen und antieuropäischen Kräften im Europäischen Parlament gegen das Abkommen zu stimmen, schwächt die Position der Europäischen Union dauerhaft und ist eine Verzögerungstaktik, die nicht aufgehen darf, so Benetele. Daher sei es gut, dass die vier Mercosur-Staaten ungeachtet der Entscheidung im Parlament die Ratifizierung des Abkommens vorangetrieben und damit ein klares Zeichen für Freihandel und Zusammenarbeit zwischen Südamerika und Europa gesetzt haben, so die Europaabgeordnete weiter.

Die Entscheidung der EU-Kommission, das Abkommen vorläufig in Kraft zu setzen, ist daher folgerichtig. Das Abkommen schafft einen Freihandelsraum für über 700 Millionen Menschen und soll allein in Deutschland Zollkosten im mittleren dreistelligen Millionenbetrag einsparen.



Auf dem Weg zum CDU-Programm



Das CDU-Wahlprogramm für Berlin 2026 entsteht nicht hinter verschlossenen Türen. Es ist vor allem auch das Ergebnis eines intensiven Dialogs, direkt aus der Mitte unserer Stadt und der Berliner Christdemokraten.

Der Grundstein für die inhaltliche Ausrichtung ist gelegt. Eine Mitgliederumfrage vom Januar 2026 zeigt mit großer Deutlichkeit, wo die CDU und die Berlinerinnen und Berliner die Prioritäten setzen sollten. Mit einem überzeugenden Votum von 70 Prozent ist die **„Stärkung der Inneren Sicherheit“** das mit Abstand wichtigste Thema für die CDU-Mitglieder. Insbesondere die Forderung nach einer starken Polizei, konsequenter Rechtsdurchsetzung und schnelleren Verfahren bei Themen wie **Clankriminalität** prägt dabei das Bild.

Doch Sicherheit ist nur ein Teil. Das Fundament für ein funktionierendes Berlin bilden laut der CDU-Mitglieder-



Umfrage zudem **„Bezahlbares Wohnen“** (37,4 Prozent), eine starke **„Wirtschaftsentwicklung“** (37,0 Prozent) sowie **„Sauberkeit und Ordnung“** (26,1 Prozent) und eine **moderne Digitalisierung der Verwaltung** (25,8 Prozent).

Wie diese Herausforderungen konkret zu meistern sind, diskutiert die CDU Berlin in einem dynamischen Beteiligungsprozess. Jüngstes Highlight war das #JungeForumBerlin: Ein Abend voller Energie, an dem die nächste Generation ihre Visionen für die Stadt präsentierte. In Workshops haben Mitglieder unter 35 Jahren ihre Schwerpunkte erarbeitet: von Wohnraum für Studierende und junge Familien bis hin zu echten Bildungschancen für den sozialen Aufstieg.

Jeder Beitrag aus diesen Foren ist ein Baustein für das



kommende Wahlprogramm. Die Berliner Christdemokraten verbinden die Prioritäten aller Mitglieder mit der frischen Energie und den Ideen der jungen Generation in der Partei. Das CDU-Motto lautet dabei: „Berlin braucht Lösungen, die Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung vereinen. Wir sind bereit, diese Stadt gemeinsam in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Packen wir es an!“



Berlin wird. Der Anfang ist gemacht.



Die Vorstellung der Kampagne begann mit stampfenden Rhythmen. In schneller Folge wechselten die Texttafeln: „Berlin wurde schon oft abgeschrieben.“ heißt es da etwa. Und weiter: „Aber das Ding mit Berlin ist:“ – „Berlin ist nie fertig.“ Und schließlich entfaltet sich der Slogan der Berliner CDU, mit dem das Kampagnenjahr für die Christdemokraten in der Hauptstadt beginnt: „Berlin wird.“

Auf Postkarten und auf Plakaten stellen sich dann die Themen vor. So zum Beispiel: „Berlin wird sauber: Mehr Stadtreinigung. Knallharte Strafen für Müllsünder.“ oder „Berlin wird digital: Täglich freie Amtstermine per App buchen.“ oder „Berlin wird smart: Weniger gendern. Mehr lesen, schreiben, rechnen.“

Der CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner ist als Regierender Bürgermeister für den eingeschlagenen Weg und die erreichten Erfolge verantwortlich. Er betonte, es werde zwar immer von „Schicksalswahlen“ gesprochen, aber diesmal sollte es für jeden erkennbar sein, dass eine drohende neue Links-Koalition diesmal von der Links-Partei angeführt würde.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU Berlin wurden schon bei der Begrüßung durch die Generalsekretärin Ottilie Klein motiviert. Würde sich die CDU mit Kai Wegner an der Spitze nicht durchsetzen, drohe Chaos für Berlin, sagte sie.

Rund 100 Kandidatinnen und Kandidaten trafen sich in der Event-Location „Amplifier“, was man am besten mit „Verstärker“ übersetzt. Veranstaltungsort und Slogan beschreiben zugleich treffend, was man vielleicht schon vergessen hat. Die zu Ende gehende Legislaturperiode mit dem Kai Wegner hatte vor bald fünf Jahren noch mit einer Landesregierung aus SPD, Grünen und Linkspartei begonnen. Bis dann nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes die gesamte Wahl wegen chaotischer Organisation wiederholt werden musste. Doch die neue Landesregierung unter Kai Wegner hat die nun auf etwa 3 Jahre verkürzte Regierungszeit genutzt – nicht



nur mit einer epochalen Verwaltungsreform. Seine Koalition hat Berlin gestärkt und vieles auf den Weg gebracht. Ganz zu schweigen von dem, was mit der abgewählten Links-Koalition noch alles gedroht hätte. Böses ahnt man, wenn etwa der Grüne Landesausschuss beschließt: „Wir wollen gemeinsam mit der Initiative (Berlin autofrei), der Zivilgesellschaft und den Berliner*innen an der Umsetzung der Vision arbeiten.“ Die Bundestagsabgeordnete der Linken, zugleich stellvertretende Landesvorsitzende, Katalin Gennburg, springt bei und erklärt: „Am Ende des Tages freuen wir uns schon alle gemeinsam auf den anstehenden Volksentscheid ‘Berlin autofrei’.“ Die Berliner Christdemokraten freuen sich indes auf einen spannenden und für Berlin so wichtigen Wahlkampf. Sie sind sich sicher: Der Anfang ist gemacht. „Berlin wird.“ (Video und Inhalte auf www.berlin-wird.de)

Frühling feiern in Berlin

Noch gibt sich der Winter auch in Berlin nicht ganz geschlagen, aber Tag für Tag zeigen sich die Frühlingsboten mehr in der Hauptstadt. Die Menschen in Berlin freuen sich auf wärmere Tage, das Ergrünen der Natur und die Schüler auf die nahenden Osterferien. Wir haben wieder zusammengetragen, was man in diesen Tagen alles in Berlin unternehmen kann. Viel Freude dabei!

Zum Ende des Ramadans wird im Herzen Neuköllns am Hermannplatz am 21. und 22. März das Ende der islamischen Fastenzeit gefeiert. Die Besucher erwartet beim Zuckerfest Neukölln ein buntes Straßenfest mit Musik, Tanz, Leckereien und einem vielfältigen Kulturprogramm.

Vom 27. März bis zum 19. April lädt das traditionsreiche Britzer Baublütenfest unter blühende Bäume in den Gutspark Britz. Vor Ort bieten zahlreiche Schausteller Autoscooter- und Achterbahnfahrten an. Wer es ruhiger mag, kann es sich bei Obstwein und Rostbratwurst im Biergarten gemütlich machen.

Vom 28. März bis 3. Mai öffnet das Frühlingsfest am Kurt-Schumacher-Damm auf dem Zentralen Festplatz seine Pforten. Knapp 80 Fahrgeschäfte, u.a. ein spektakuläres Riesenrad nach Londoner Vorbild, laden Jung und Alt zum Genießen von Höhen- und Geschwindigkeitsrausch ein.

An Ostern, vom 4. bis 6. April, verwandelt sich die Schmiljanstraße in Friedenau in eine quirliche Festmeile. Beim Osterfest Friedenau erwarten die Besucher zahlreiche Street-Food-Stände mit internationalen Spezialitäten, handgefertigtem Osterschmuck und kreativem Kunstwerk sowie musikalischen Live-Acts.

Vom 30. April bis 3. Mai wird auf dem Hellersdorfer Alice-Salomon-Platz in den Mai getanzt. Das von lokalen Vereinen ausgerichtete Fest lockt mit Tanzshows und Livemusik. Vom Tanzparkett erholen kann man sich in einem Biergarten. Es sind auch zahlreiche Attraktionen für Kinder vorhanden.

Beim Biesdorfer Blütenfest vom 1. bis 3. Mai verwandelt sich der historische Schlosspark Biesdorf in einen lebendigen Festplatz. Musik- und Tanzaufführungen sorgen für gute Stimmung, kulinarische Stände mit regionalen Spezialitäten und Fusion Food für das leibliche Wohl. Für Kinder werden zahlreiche Spiele angeboten.

CDU Landesverband Berlin, Steifensandstr. 8, 14057 Berlin

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Steifensandstraße 8, 14057 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, cduberlin@cdu.berlin;

REDAKTIONSLEITUNG: Dr. Ottilie Klein; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze;

REDAKTION: Stéphanie Weber, Janine Remme, Oliver Cywinski;

SATZ/BILD: André Laurman-Urbanski; Druckerei: Heenemann, Berlin

BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 3: Michael Benett; Seite 4 Carol Neukirch; Seite 5: Carol Neukirch, Bernd von Jutrczenka; Seite 6 und 7: thjnk, privat, 4x Stéphanie Weber; Seite 8: Büro Danny Freymark, Büro Timur Husein, Büro Marco Hahnfeld, Büro Björn Wohler, Lukas Hanke; Seite 9: KI,

Berliner Justiz; Florian Möhr; Seite 10: Tobias Koch 2x, Jan-Philipp Burmann; Seite 11: Tobias Koch, Stéphanie Weber 2x; Seite 12: Patrick Liesener; Seite 13: KI, Büro Dr. Jan-Marco Luczak, Büro Hildegard Bentele; Seite 14: CDU Berlin; Seite 15: Patrick Liesener; Seite 16: KI

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.